



Detailansicht des Registereintrags

DIE GAS- UND WASSERSTOFFWIRTSCHAFT e.V.

Aktuell seit 23.06.2026 15:20:32

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002686
Ersteintrag:	02.03.2022
Letzte Änderung:	23.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	23.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Neustädtische Kirchstr. 8 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493046060150 E-Mail-Adressen: office@gas-h2.de Webseiten: www.gas-h2.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

480.001 bis 490.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,60

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr.-Ing. Timm Kehler

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. Bengt Bergt

Tätigkeit bis 03/25:

Mitglied des Deutschen Bundestages

2. John Werner

3. Peter Meyer

4. Alexander Mey

Tätigkeit bis 11/23:

Persönlicher Referent

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

5. Redl Frederik

6. Rasmus Portmann

7. Dr.-Ing. Timm Kehler

Gesamtzahl der Mitglieder:

102 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Strukturpolitische Gesellschaft e.V.
2. DVGW e.V.
3. Eurogas aisbl
4. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
5. Forum für Zukunftsenergien e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Bauwesen und Bauwirtschaft; Wohnen; Immissionsschutz; Klimaschutz; Straßenverkehr; Automobilwirtschaft; Industriepolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

DIE GAS- UND WASSERSTOFFWIRTSCHAFT e.V. versteht sich als die Stimme der Gas- und Wasserstoffwirtschaft. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsunternehmen und Partnern leisten wir die Transformation des Energiesystems hin zur Klimaneutralität. Wir setzen uns für ein resilientes System mit grüner Stromerzeugung und neuen Gasen wie BioMethan, allen Farben von Wasserstoff oder synthetischen Gasen ein, stehen der Industrie als Dekarbonisierungspartner zur Seite und bringen unser Know-how, Kapital und Gestaltungswillen bei allen Transformationsprozessen ein. Unser Auftrag: Energien sicher transformieren. Grundlagen der Arbeit des Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e.V. sind die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern und Industriepartnern des Verbands mit der Politik und der Wissenschaft. Um die Rahmenbedingungen für die Transformation der Energiewirtschaft zu verbessern, unterhalten wir einen fraktionsübergreifenden Dialog. Mithilfe von Positionspapieren und Veranstaltungen informieren wir über Herausforderungen und Potenziale von bspw. Kraftwerkskapazitäten, Grüne Gase und Quoten inkl. aller Farben von Wasserstoff, Bio-Methan oder synthetischen Gasen, KWK-Technologien, Wärmemarktkonzepten oder CCU/S Management und machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen. Des Weiteren vernetzt der Verband seine Mitglieder mit Politikerinnen und Politikern, um den direkten Dialog zu fördern. Es werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen, Gutachten oder Studien veröffentlicht und /oder an Abgeordnete, Ministerien sowie an die Bundesregierung übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (16)

1. Einführung einer Grüngasquote

Beschreibung:

Eine Grüngasquote ist ein wirksames Instrument, um den Hochlauf neuer Gase, wie etwas Biomethan, Wasserstoff und Wasserstoffderivate zu fördern. Damit leistet sie einen planbaren Beitrag zur THG-Minderung im Wärmesektor, in der Industrie und im Verkehr. Eine verbindliche Quote schafft langfristige Investitionssicherheit und unterstützt den Aufbau von Erzeugungskapazitäten. So kann sich ein Markt für grüne Gase entwickeln, ähnlich wie es Quotenregelungen im Strom- und Kraftstoffbereich getan haben. Eine Grüngasquote ist technologieneutral: Sie lässt offen, ob die Treibhausgasreduktion über Biomethan, grünen Wasserstoff oder andere CO₂-neutrale Gase erfolgt. Das ermöglicht verschiedene Lösungen für unterschiedliche Anwendungen und Regionen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406050032 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. Änderung des Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes**Beschreibung:**

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft begrüßt die Novelle des KSpG als Grundlage für CO₂-Infrastruktur, fordert aber Nachbesserungen: CO₂-Terminals müssen ins überragende öffentliche Interesse aufgenommen werden, bestehende Leitungen flexibel nutzbar sein. Haftungsregeln sollen angepasst und Haftungsübergang auf 20 Jahre verkürzt werden. CO₂- und Wasserstoffinfrastrukturen müssen integriert geplant werden. Für den Markthochlauf braucht es Rechtssicherheit, Duldungspflichten, grenzüberschreitende Kooperationen, investitionsfreundliche Regulierung und lokale Beteiligung. CCS ist essenziell für Wasserstoffhochlauf und Standorterhalt.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/11900 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[KSpG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Energie" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406050033](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. Umsetzung des Wasserstoffbeschleunigungsgesetz**Beschreibung:**

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e. V. spricht sich dafür aus, Anwendungsbereich des Gesetzes umfassend zu erweitern. Neben dem Wasserstoffkernnetz sollten auch sonstige Wasserstoffleitungen, erforderliche Anschluss- und Anbindungsleitungen sowie Nebeninfrastrukturen für die erfassten Anlagen einbezogen werden. Gleiches gilt für

Wasserstoffkraftwerke, Nebenanlagen zur Energieversorgung und -ableitung sowie weitere Anlagen zur Wasserstofferzeugung aus Methan. Auch Elektrolyseure auf See sind zu berücksichtigen. Ziel ist es, durch eine ganzheitliche Betrachtung aller relevanten Infrastrukturen echte Beschleunigungseffekte für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu erzielen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11899 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406050035 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Umsetzung der Importstrategie Wasserstoff

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft fordert eine strategisch ausgerichtete Importpolitik, die Deutschlands Einkaufsmacht gezielt nutzt, um in Erzeugerländern den Markthochlauf für Wasserstoff aktiv zu fördern. Eine vorausschauende Importstrategie muss geopolitische Herausforderungen einbeziehen und langfristige Abnahmeverträge ermöglichen, um Investitionen in die Wasserstoffproduktion abzusichern. Im internationalen Wettbewerb um verfügbare Mengen braucht es attraktivere Rahmenbedingungen. Bund und Industrie müssen gemeinsam gesicherte Nachfrage stimulieren, den Aufbau der europäischen Importinfrastruktur finanzieren und einheitliche Zertifizierungsstandards schaffen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12410 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Importstrategie für Wasserstoff und Wasserstoffderivate

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

5. Änderung einer Verordnung zur Anpassung der Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen (GasSpFüllstV)

Beschreibung:

Die geplante Differenzierung nach Speichertypen ist sachgerecht, birgt jedoch das Risiko regionaler Marktverzerrungen – insbesondere durch die Sondervorgaben für süddeutsche Porenspeicher. Der Verband empfiehlt daher einheitliche Füllstandsvorgaben für alle Porenspeicher sowie die Streichung entsprechender Sonderregelungen. Positiv bewertet wird die Abschaffung des faktischen Befüllungszwangs, da dieser bisher marktbehindernde Fehlanreize geschaffen hat. Aufgrund der kurzen Frist erfolgt keine Bewertung potenzieller Rechtsrisiken aus einem möglichen Vorgriff auf EU-Vorgaben. Der Verband spricht sich perspektivisch für eine dauerhafte, verlässliche Regelung aus.

Betroffenes geltendes Recht:

GasSpFüllstV 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

6. Änderung des Delegierten Rechtsakt über die Methodik zur Bewertung von Treibhausgaseinsparungen durch kohlenstoffarme Brennstoffe

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e. V. lehnt den Entwurf des delegierten Rechtsakts zur Methodik für CO₂-arme Brennstoffe in der vorliegenden Form ab. Die vorgesehene Methodik benachteiligt blauen Wasserstoff durch unrealistische Annahmen zu Methanemissionen und führt zu faktischer Nichtanrechenbarkeit. Türkiser Wasserstoff wird ebenfalls nicht angemessen berücksichtigt. Die Erhöhung der Standardemissionswerte für Erdgas gefährdet den Hochlauf von Wasserstoff und untergräbt Investitionssicherheit. Der Verband fordert eine Überarbeitung der Methodik, Orientierung an bestehenden RFNBO-Vorgaben sowie technologieoffene, praxistaugliche Rahmenbedingungen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

7. Verabschiedung eines Kraftwerkssicherheitsgesetzes

Beschreibung:

Einführung eines Kapazitätsmarktes, Ausweitung der Ausschreibungsvolumina, technologieoffene Förderung aller Wasserstoffarten und Ammonika, Berücksichtigung aller Wasserstoffderivate, flexiblere Standortwahl ohne Ausschluss bestehender Gaskraftwerke, realistische Anforderungen für gebotsfähige Projekte (Reduktion der Mindestinvestitionstiefe, Abschaffung der Vbh-Grenzen, stärkere Berücksichtigung der Speicher- und Transportinfrastruktur in die Standortüplanung, Berücksichtigung hoher H₂-Netzentgelte in CfD-Berechnung sowie Vereinfachung des Clawback-Mechanismus

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

8. Umsetzung der Systementwicklungsstrategie

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft fordert eine technologieoffene Systementwicklungsstrategie, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Resilienz sicherstellt. Notwendig sind: Berücksichtigung von CO₂-Infrastruktur, Biomethan und Biogas, differenzierte Importstrategien für Wasserstoff und Wasserstoffderivate, sowie die Rolle von Midstream-Akteuren. Die SES soll internationale Entwicklungen, wirtschaftliche Realitäten und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen stärker einbeziehen. Zudem wird eine realistische Betrachtung von Speicherbedarf, Wasserstoffverteilnetzen und CO₂-Transportnetzen gefordert. Der Rückbau von Gasverteilnetzen soll nur bei gesicherten Alternativen erfolgen

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

9. Änderung der Richtlinie zur Förderung von klimaneutralen Produktionsverfahren in der Industrie durch Klimaschutzverträge

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft fordert eine technologieoffene Ausgestaltung der Klimaschutzverträge. Erneuerbarer und CO₂-armer Wasserstoff sowie synthetisches Methan sollen als transformative Optionen anerkannt und förderfähig sein. Für den Markthochlauf sind flexible Fristen, der bilanzielle Einsatz von H₂-Zertifikaten und nachträgliche Konsortienbildung notwendig. Die Nutzung von e-NG darf nicht benachteiligt werden. Zudem wird eine rechtssichere Förderung ohne Haushaltsvorbehalt gefordert, um Investitionen abzusichern.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

10. Umsetzung einer Resilienzstrategie Energie

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e. V. fordert eine resiliente Energieversorgung durch technologieoffene Infrastrukturpolitik. Nötig sind: beschleunigte Genehmigungen für LNG und neue Gase, Ausbau hybrider Importterminals, gleichwertige Förderung aller Infrastrukturmodelle, Stärkung von Midstream-Akteuren, staatliche Unterstützung langfristiger Lieferverträge sowie flexible Vertrags- und Speicherregelungen. Wasserstoff-

und LNG-Infrastruktur müssen gemeinsam gedacht, internationale Energiepartnerschaften gestärkt und ein stabiler, wettbewerblicher EU-Binnenmarkt gesichert werden. Ziel ist Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaneutralität.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Internationale Beziehungen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

11. **Ausbau und Vertiefung internationaler LNG-Partnerschaften**

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft setzt sich für verlässliche Rahmenbedingungen beim Ausbau von LNG- und Importinfrastrukturen ein. Dazu gehören beschleunigte und harmonisierte Genehmigungen sowie ein stabiler Rechtsrahmen. LNG-Terminals – auch schwimmende – sollten für neue Gase umnutzbar bleiben. Die Rolle deutscher Midstream-Unternehmen ist zu stärken. Freigestellte und regulierte Projekte benötigen gleichwertige Förderung. Internationale Kooperationen sollen Lieferketten sichern. Langfristige LNG-Verträge deutscher Käufer sollten unterstützt werden, um Versorgung und Terminalgrundlast abzusichern.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Internationale Beziehungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512080037** (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

12. **Änderung des Gesetz zur Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG)**

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft fordert ein pragmatisches GEG 3.0, das Vertrauen zurückgewinnt und die Wärmewende bezahlbar macht. Das aktuelle GEG ist zu komplex, technologieverengend und sozial unausgewogen. Entscheidend ist nicht eine starre 65-Prozent-Quote, sondern die tatsächliche CO₂-Minderung des Gebäudes. Technologieneutralität, seriöse und ausgewogene Beratung sowie die Weiterentwicklung von Gasnetzen für Biomethan, synthetisches Methan und Wasserstoff sind zentral. Nur ein fairer

Wettbewerb der Lösungen – von Wärmepumpe bis grünem Gas – ermöglicht machbare Modernisierungsschritte und hält die Kosten für Haushalte und Mittelstand im Rahmen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6875 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung der Heizkostenverordnung und zur Änderung der Kehr- und Prüfungsordnung

1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu];

Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

; Wohnen [alle RV hierzu]

13. Umsetzung eines vierten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (Abschaffung der Gasspeicherumlage)

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft begrüßt die Abschaffung der Gasspeicherumlage, fordert jedoch Anpassungen am EnWG-Entwurf. § 35g Abs. 7 darf nicht für Geschäfte am virtuellen Handlungspunkt gelten und muss klar auf Lieferverträge mit Letztverbrauchern begrenzt werden. Zudem braucht es Rechtssicherheit, dass Preisanpassungsregeln nach § 41 Abs. 5 nicht greifen. Der transparente Ausweis in Rechnungen ist praxisfern und sollte gestrichen werden. Eine echte Abschaffung gelingt nur ohne § 35h, der eine neue Umlage ohne parlamentarische Kontrolle ermöglicht.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1496 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

14. Förderung des Hochlaufs von Bio-LNG und Erfüllung der Ziele der Erneuerbare-Energien-Richtlinie III

Beschreibung:

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft fordert, alle verfügbaren Klimaschutzoptionen im Schwerlastverkehr zu nutzen und Bio-LNG gezielt zu stärken. Bio-LNG senkt THG-Emissionen bereits heute massiv, teils bis in den negativen Bereich, doch politische Hürden bremsen den Markthochlauf. Notwendig sind ein ambitionierter THG-Quotenpfad nach RED III, steuerliche Entlastungen, eine reduzierte Lkw-Maut für emissionsarme Gas-Lkw, technologieoffene CO₂-Flottengrenzwerte sowie der Abbau von Importhürden für Bio-LNG. Nur so kann der Schwerlastverkehr seine Klimaziele bis 2045 erreichen.

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Immissionsschutz [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Straßenverkehr [[alle RV hierzu](#)]

15. Umsetzung der Änderung des EnWG zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften**Beschreibung:**

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft begrüßt die Umsetzung des EU-Gasbinnenmarktpakets, sieht aber Anpassungsbedarf für Biogasanschlüsse. Die Übergangsregelung des § 118 Abs. 4 EnWG muss klarstellen, dass auch ab 2026 entstehende Anschlusskosten wälzbar bleiben. Ohne Nachfolgeregel droht ab Januar 2026 eine Regulierungslücke, die Biogasprojekte ausbremst. Zudem braucht es Rechts- und Investitionssicherheit für Netzbetreiber, damit neue Biogaseinspeiseanlagen nicht blockiert werden. Eine Ergänzung um klare Kostenwälzungsregeln und eine Übergangslösung bis zur vollständigen Umsetzung des EU-Pakets ist dringend erforderlich.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 21/1497 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: [BMWE](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Fossile Energien [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Energie" [[alle RV hierzu](#)]

16. Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG)**Beschreibung:**

Ziel der Interessenvertretung des GAS- UND WASSERSTOFFWIRTSCHAFT e. V. ist die Begleitung des Gebäudemodernisierungsgesetzes, insbesondere der Änderungen am Gebäudeenergiegesetz und weiterer Vorschriften im Wärmebereich. Bezweckt wird, die Ausgestaltung der Anforderungen an Heizungsanlagen, Wärmeerzeugung und Gebäudemodernisierung mit Blick auf Technologieoffenheit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit sowie die Einbindung erneuerbarer und dekarbonisierter Gase, Wasserstoff und seiner Derivate mitzugestalten.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Bauwesen und Bauwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; Fossile Energien [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Wohnen [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606080045** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.06.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

2.650.001 bis 2.660.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[GuV-GW-eV-2025.pdf](#)